

Die Roma in den Staaten des Westlichen Balkans und Antworten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Situation

Autor: Stephan Müller

Bestandsaufnahme im Auftrag des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Heidelberg, Dezember 2016

Die Roma in den Staaten des Westlichen Balkans und Antworten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Situation

Autor: Stephan Müller

Bestandsaufnahme im Auftrag des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.....	3
Einleitung.....	5
1. Überblick: Die Situation der Roma in den Staaten des Westlichen Balkan.....	7
2. Migration und Asyl von Roma aus dem Westlichen Balkan.....	10
3. Internationaler und nationaler Rahmen für die gleichberechtigte Teilhabe der Roma	12
4. Das deutsche Engagement auf dem Westlichen Balkan	14
5. Umfrageergebnisse:	
Unterstützung für Roma im Westlichen Balkan durch deutsche Programme	18
5.1. Allgemein	18
5.2. Deutsche Botschaften in den Ländern des Westlichen Balkans.....	18
5.3. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	19
5.4. Profil der deutschen Organisationen im Westlichen Balkan	20
5.5. Aktivitäten deutscher Organisationen.....	22
5.5.1. Berücksichtigung internationaler & nationaler Rahmenprogramme und Strategien	22
5.5.2. Projektarbeit und Kooperation mit anderen Akteuren	22
5.6. Konsequenzen der deutschen Politik	24
6. Fazit	26

Vorwort

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beobachtet seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Situation von Roma in den Ländern des westlichen Balkans. Der Zentralrat wendet sich seit Jahren vehement gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung und der Länder, insbesondere gegen die Einstufung der Westbalkanländer als „sichere Herkunftsstaaten“, ein Konzept das der Zentralrat grundsätzlich ablehnt, da dies die massive und kumulative Diskriminierung von Roma in diesen Ländern ignoriert.

Der Zentralrat fordert die Bundesregierung auf, eine langfristige Bleiberechtslösung für die nach Deutschland geflüchteten Roma zu finden und das Asylrecht mit den gesetzlich anerkannten Asylgründen der politischen Verfolgung und der „kumulativen Diskriminierung“ (Asylverfahrensgesetz) zu wahren.

Zudem fordert der Zentralrat die Bundesregierung auf, kumulative Diskriminierung und Antiziganismus als Fluchtursachen anzuerkennen und vor allem zu bekämpfen, was mit einem stärkeren und zielgerichteten Engagement Deutschlands für Roma im Westlichen Balkan einhergehen muss.

Durch die erneute Verschärfung des Asylrechts durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Jahr 2015 wurden Roma wiederum ins Zentrum von Rassismus und Diskriminierung gestellt und zwar sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern. Die pauschale Stigmatisierung von Flüchtlingen aus den West-Balkanstaaten als „Armutsfüchtlinge“ in der politischen Debatte ignoriert nicht nur die konkrete Situation in den Heimatländern – sie missbraucht überdies Menschen, die auf der Flucht vor Diskriminierung und Rassismus sind, zur Verschärfung des Asylrechts. Auch der neue Asylkompromiss zielt wieder nur auf die Symptome, ohne die Ursachen für die Flucht aus der Region in Rechnung zu stellen.

Alle einschlägigen Berichte des Europarates und anderer Menschenrechtsorganisationen belegen, dass die Lage von Roma in den westlichen Balkanstaaten - insbesondere im Kosovo - nach wie vor von systematischer Ausgrenzung und Benachteiligungen gekennzeichnet ist, die als kumulative Verfolgung gewertet werden müsse. Die Bestimmung weiterer Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ist insofern verfassungsrechtlich bedenklich und bedeute eine Aushöhlung des individuellen Grundrechts auf Asyl. Die Gründe für ein Asylbegehren müssen auch künftig umfassend und mit aller Sorgfalt geprüft, die vielfältigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen, denen Angehörige der Roma-Minderheit ausgesetzt sind, ernst genommen werden.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat insbesondere die dramatische Lage der Roma im Kosovo verfolgt und thematisiert. Die Häuser der Roma sind zum großen Teil nach Kriegsende systematisch zerstört oder von Albanern beschlagnahmt worden und im Vergleich zu anderen Ethnien wurden Roma bei Wiederaufbauprojekten stark benachteiligt. Roma werden vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Selbst die Regierung und andere Behörden, die gesetzlich verpflichtet sind, die Einstellung von Roma und anderen Minderheiten bevorzugt anzugehen, diskriminieren Roma und stellen kaum welche ein. Diese systematischen Diskriminierungen beim Wiederaufbau und auf dem Arbeitsmarkt zwingt viele Roma das Land zu verlassen.

Der Asylkompromiss von 2015 betrifft zum einen die Roma, die zum Teil schon seit fast zehn bis zwanzig Jahren in Deutschland leben und die jetzt abgeschoben werden sollen. Hierzu heißt es im Asylkompromiss: „Der Bund wird sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen.“ Zum anderen sollen für

die im Westbalkan lebenden Roma „Möglichkeiten der legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland“ geschaffen werden.

Wenn die Bundesregierung in den Staaten des Westbalkans Programme zur Verbesserung der Situation von Minderheiten initiieren will, dann sind ein Monitoring und eine kritische Evaluation der Umsetzung unabdingbar. Zudem kommt es darauf an, dass die Angehörigen der Minderheiten direkt in allen Phasen der Umsetzung beteiligt werden.

Gleichwohl ist sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bewusst, dass die desolate Lage von Roma in den Ländern des Westlichen Balkans nicht durch eine Migration nach Deutschland oder in die Länder Westeuropas gelöst werden kann. Deshalb befürwortet der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein stärkeres Engagement Deutschlands für die Roma in den Ländern des Westlichen Balkans. Der Zentralrat ist davon überzeugt, dass die eigentliche Zielsetzung des politischen Handelns auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ausgerichtet sein muss, insbesondere des strukturellen, historisch verankerten und gewaltbereiten Antiziganismus.

Im Februar 2016 organisierten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein Fachgespräch zum Thema „Entwicklungspolitische Ansätze zur gleichberechtigten Teilhabe der Roma in den Ländern des westlichen Balkans“. Ziel des Fachgesprächs war es einen Überblick über erfolgreiche Ansätze und Herausforderungen in der Arbeit mit und für Roma und zur Bekämpfung von Antiziganismus im Westbalkan von deutschen NROs und Implementierungspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhalten und diese zu vernetzen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beauftragte den unabhängigen Experten Stephan Müller mit dieser nun vorliegenden Bestandsaufnahme „Die Roma in den Staaten des Westlichen Balkans und Antworten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Situation“. Der Bericht vermittelt nicht nur einen Einblick in bestehende politische Programme, Strukturen und Projekte, sondern weist langfristige Handlungsstrategien auf. Der Zentralrat möchte damit fundierte und adäquate Vorschläge unterbreiten, wie die Unterstützung von Roma im Westbalkan weiter verbessert werden kann.

Heidelberg, Dezember 2016

Romani Rose

Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Einleitung

Die Situation der Roma in den Staaten des Westlichen Balkan wird in Deutschland immer erst dann zu einem politisch relevanten Thema, wenn es um die Migration bzw. Flucht von Roma aus diesen Ländern nach Deutschland geht. Ihre eigentliche Situation in diesen Ländern und die tatsächlichen Flucht- oder Migrationsgründe sind aber selten ein Thema in der politischen Diskussion, die sich, wenn, dann nahezu ausschließlich auf die Armut der Roma fokussiert und den bestehenden massiven Rassismus gegenüber Roma ausblendet. Allerdings ist die Armut selbst schon eine Konsequenz der eigentlichen Fluchtursachen: die systematische und kumulative Diskriminierung und die Ausgrenzung aus der Gesellschaft sowie der Unwillen und die Überforderung der Politik in den Ländern des Westlichen Balkans eine tatsächliche Verbesserung der Lage der Roma zu erreichen.

Auf der anderen Seite ist „die Bekämpfung der Fluchtursachen“ zu einer allgegenwärtigen und wenig aussagekräftigen Standardaussage geworden, wenn die Politik sich zu Asylfragen und der Migrationsproblematik äußert.

Die erste Voraussetzung zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist jedoch, diese zu identifizieren und zu benennen um dann Lösungsmöglichkeiten zu identifizieren und umzusetzen. Analysiert man jedoch die deutsche Politik in Bezug auf die „Bekämpfung der Fluchtursachen“ der Roma in den Ländern des Westlichen Balkans, muss man feststellen, dass die tatsächlich zugrunde liegenden „Fluchtursachen“ nahezu vollständig ignoriert werden und stattdessen lediglich eine Bekämpfung der Auswirkungen der eigentlichen, tieferliegenden Fluchtursachen propagiert wird.

Die desolante sozio-ökonomische Lage wird als Hauptgrund für die Migration der Roma nach Westeuropa angesehen. Diese Einschätzung übersieht aber, dass die miserable sozio-ökonomische Lage auch Gründe hat und dass die sozio-ökonomische Lage nicht alleine zu der Entscheidung führt, nach Westeuropa zu fliehen.

Die grundlegende „Fluchtursache“ für die Roma aus dem Westlichen Balkan ist die systematische und kumulative Diskriminierung, der sie in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind. Dabei kann eine Tendenz beobachtet werden, dass je schlechter die allgemeine wirtschaftliche Lage eines Landes, desto stärker die Diskriminierung, da die Mehrheitsbevölkerung in den jeweiligen Ländern die Diskriminierung auch als ein Mittel im Kampf um die knappen Ressourcen einsetzt.

Der durch die systematische und kumulative Diskriminierung bewirkte Ausschluss von der Teilhabe am allgemeinen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes verstärkt diesen Prozess noch, da er Roma auch von informellen Netzwerken oder persönliche Verbindungen ausschließt, über die in den Ländern des Westlichen Balkans die Verteilung eines Großteils der knappen Ressourcen geregelt wird.

Allerdings bewirkt dieser Prozess auch, dass eine gewisse Anzahl an Roma im jeweiligen Land leben kann. Bei einer Verringerung der Ressourcen steigt jedoch der Druck auf die Roma und eine bestimmte Anzahl sieht sich gezwungen, das Land zu verlassen. Dieser Prozess ist den Regierungen im Westlichen Balkan sehr wohl bewusst; es sei in diesem Zusammenhang nur an die wiederholten Warnungen der Regierung im Kosovo erinnert, dass die Rückführung aus Westeuropa einer großen Zahl von Roma die Kapazitäten des Landes vollkommen überfordern würden und zu Konflikten führen könnte.

Es sind daher diese systematische und kumulative Diskriminierung und der ihr zugrundeliegende Antiziganismus, die wesentlich dazu beitragen, dass Roma keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, sie keinen menschenwürdigen Wohnraum erhalten, die Kinder in den Schulen drangsaliert oder in segregierte Einrichtungen mit qualitativ minderwertigem Schulunterricht abgeschoben und sie von der Mehrheitsgesellschaft bewusst ausgegrenzt werden.

Und die systematische und kumulative Diskriminierung und der ihr zugrundeliegende Antiziganismus führen auch dazu, dass Politiker in all diesen Ländern sich nicht dafür verantwortlich sehen, an dieser Situation etwas zu ändern und eine Politik, die auf eine Verbesserung der Situation der Roma abzielt, nicht oder nur in geringem Maße umsetzen. Selbst Politiker mit guten Intentionen stehen vor dem Problem, dass ein Engagement für Roma von der Mehrheitsbevölkerung in der Regel abgelehnt wird.

Besonders betroffen von der oben beschriebenen Situation sind die Roma, die aus Westeuropa zwangsweise zurückgeschickt worden sind und so gut wie keinen Zugang zu Wohnraum und Arbeitsplätzen haben. Gerade die Roma, die in den Kosovo zurückgeschickt worden sind, haben in den meisten Fällen nur die beiden Alternativen entweder nach Serbien in einen der Slums zu ziehen oder wieder nach Westeuropa zu gehen – dieses Mal allerdings informell.¹

Für die deutsche, wie für die europäische Politik muss eine „Bekämpfung der Fluchtursachen“ bedeuten, die systematische und kumulative Diskriminierung und den Antiziganismus anzuerkennen und zu bekämpfen. Allerdings würde eine Anerkennung der beiden Phänomene auch bedeuten, dass Deutschland wie auch alle anderen westeuropäischen Staaten, Roma nicht mehr in diesem Maße in ihre Herkunftsländer zurückschicken könnten und dass Länder des Westlichen Balkan mit Bezug auf Roma nicht mehr als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten.

Wenn die eigentlichen Fluchtursachen allerdings ausgeblendet und ignoriert werden, können sie auch nicht bekämpft werden. Folglich wird sich die Situation der Roma in den Ländern des Westlichen Balkan nicht verbessern, systematische und kumulative Diskriminierung und Antiziganismus werden weiterhin ihre Situation dominieren und man muss sogar davon ausgehen, dass sich die Lage weiter verschlechtern wird.

Wenn die deutsche und europäische Politik die Flucht und Migration der Roma aus dem Westlichen Balkan tatsächlich begrenzen will, muss dieser oben beschriebene Teufelskreis durchbrochen werden und die systematische und kumulative Diskriminierung und der Antiziganismus bekämpft werden, auch wenn dies vorerst bedeuten würde, von den derzeit praktizierten Massenabschiebungen abzusehen.

Die Bekämpfung der Diskriminierung und des Antiziganismus schließt aber nicht aus, dass Deutschland und deutsche Organisationen weiterhin wertvolle Projekte in den Bereichen Erziehung und Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung, capacity-building und Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen, Zugang zu Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen, etc., entwickeln und umsetzen.

Deutschland hat zudem aus seiner Vergangenheit eine besondere Verantwortung gegenüber Sinti und Roma. Deutschland sollte diese Verantwortung wahrnehmen und selbst einen Kurswechsel in seiner eigenen Politik verfolgen sowie einen Kurswechsel in der europäischen Politik vorantreiben. Politik muss auf Fakten aufbauen, wenn sie erfolgreich sein will und darf nicht Fakten ignorieren. Dieser Allgemeinplatz gilt auch für Politik mit und für Roma. Zudem muss ein Einverständnis darüber erzielt werden, dass nur eine langfristige und umfassende Politik eine Änderung erzielen kann und dass die Länder im Westlichen Balkan die Unterstützung der Europäischen Union und der Staaten in Westeuropa benötigen. Gerade im Hinblick mit den Erfahrungen der Staaten aus Mittel- und Südosteuropa, die in den letzten Jahren der EU beigetreten sind, sollte es im Eigeninteresse Westeuropas sein, damals gemachte Fehler zu vermeiden, die tatsächliche Situation der Roma nicht zu leugnen und eine Verbesserung ihrer Situation zu einem tatsächlichen Kriterium im Beitrittsprozess zu machen.

¹ Siehe hierzu zuletzt Society for Threatened Peoples, Lost in Transition, Bern 2015. Internet: www.gfbv.ch/kosovo

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma befürwortet ein stärkeres Engagement der Bundesregierung für die Roma in den Ländern des Westlichen Balkans. Er hat daher eine Bestandsaufnahme des derzeitigen Engagements unternommen.

Zu diesem Zweck wurden Fragebögen entwickelt – zum einen für deutsche Organisationen, die im Westlichen Balkan aktiv sind, zum zweiten für Roma oder pro-Roma Organisationen in den Ländern des Westlichen Balkans und zum dritten für die deutschen Botschaften in diesen Ländern.²

Zudem stellten das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), das Außenministerium (AA) und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Informationen zur Verfügung. Das BMZ und der Zentralrat luden zum 11. Februar 2016 gemeinsam zu einem Fachgespräch mit zahlreichen deutschen Nichtregierungsorganisationen, die im Westlichen Balkan mit Roma arbeiten.

Zudem wurde eine umfangreiche Analyse vorhandener Quellen vorgenommen.

1. Überblick: Die Situation der Roma in den Staaten des Westlichen Balkan

Es gibt nur graduelle Unterschiede in der Situation der Roma in den einzelnen Ländern des Westlichen Balkans, auch wenn einige Länder Spezifika aufweisen. Gemeinsam ist den Roma in allen Staaten des Westlichen Balkans eine strukturelle und kumulative Diskriminierung, die alle Bereiche des alltäglichen Lebens umfasst.³ Dies heißt v.a. ein überwiegender Ausschluss vom Arbeitsmarkt, nur begrenzter Zugang zu menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Benachteiligungen im Zugang zu (qualitativ gutem) Schulwesen und zum Gesundheitswesen und ein Ausschluss vom allgemeinen, gesellschaftlichen Leben.

Zudem leben die meisten von ihnen in tiefer Armut, die in solcher tiefen Ausprägung in Europa nur Roma betrifft, denn diese Armut ist zuerst der Diskriminierung geschuldet und erst dann der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Situation in den jeweiligen Ländern. Diese sozio-ökonomische Lage ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess einer immer weiter und tiefer gehenden Segregation, die immer weniger Kontakt zwischen Roma und Nicht-Roma erlaubt. Diese Segregation zeigt sich vor allem in den getrennten Wohngebieten, aber auch im kaum noch vorhandenen Kontakt zwischen Roma und Nicht-Roma im Arbeitsleben aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit der Roma und im Erziehungswesen, in dem es immer noch segregierende Einrichtungen gibt.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So ist die Situation im Kosovo eine besondere nach der Vertreibung und Flucht von mehr als 100.000 Roma direkt nach Ende des Krieges in den Jahren 1999 und 2000 mit den dabei begangenen Verbrechen an Roma und der Zerstörung von Dutzenden Siedlungen, die nicht wieder aufgebaut worden sind.

Serbien auf der anderen Seite musste ca. 40.000 – 50.000 Roma Vertriebene aus dem Kosovo aufnehmen und das zu einer Zeit als es bereits einige hunderttausend (ethnisch serbische) Vertriebene

² Die jeweiligen Fragebögen finden sich im Anhang des Berichts.

³ Siehe z.B. den Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates: Report by Nils Muiznieks, Commissioner of Human Rights of the Council of Europe following his visit to Germany on 24th April and 4 to 8 May 2015. CommDH (2015) 20.

aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Kosovo aufgenommen hatte. Zudem gerieten Roma auch in Südserbien in das Spannungsfeld zwischen Serben und Albanern.

Die Roma in Bosnien und Herzegowina waren ebenfalls weitreichender Vertreibung während des Krieges 1992 – 1995 ausgesetzt, v.a. aus Gebieten, die heute zur Republika Srpska gehören. Zum größten Teil konnten sie nicht in ihre Herkunftsorte zurückkehren.

Roma in Mazedonien gerieten hingegen während des Konfliktes zwischen ethnischen Mazedoniern und ethnischen Albanern zwischen die Fronten. Die Roma in Montenegro blieben von den kriegerischen Ereignissen unbehelligt, doch leben inzwischen mehr vertriebene Roma aus dem Kosovo in Montenegro als einheimische Roma. Die Roma in Albanien stellen die einzige Gruppe dar, die in den letzten 20 Jahren nicht zwischen die Fronten von Konflikten gerieten, die andere ethnische Gruppen miteinander ausfochten.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Konflikte, die oft Diskriminierung von Roma noch verstärkten und sie zur Flucht gezwungen haben, nicht nur die Konflikte anderer waren, sondern dass auch in den Friedensplänen und in der Entwicklung neuer staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen in den jeweiligen Nachkriegsperioden die spezifische Lage der Roma keine Rolle spielte. Auch die aktive Politik der meist internationalen Akteure in den Nachkriegszeiten, z.B. in Kosovo und Bosnien und Herzegowina, trug wesentlich zur bis heute wirksamen Diskriminierung bei, da Roma bei konkreten Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt bzw. auf dem Wohnungsmarkt von den (internationalen) Akteuren oft ausgeschlossen wurden.

Diese Kette der Vernachlässigungen und Exklusionen und die Auswirkungen der kriegerischen Konflikte tragen bis heute zur Diskriminierung der Roma und damit auch zum Migrationsdruck bei.

Kriegswirren und Migration haben auch einen starken Einfluss auf die demographische Entwicklung in den einzelnen Ländern. Zudem neigt die Mehrheit der Roma dazu, in Volkszählungen ihre ethnische Zugehörigkeit zu verleugnen. Daher ist man v.a. auf Schätzungen angewiesen, um die tatsächliche Zahl der Roma in einem Land erfassen zu wollen. In Serbien beispielsweise haben sich in der Volkszählung 2011 etwa 147.000 Personen als Roma erklärt, die tatsächliche Zahl wird allerdings auf 600.000 oder mehr geschätzt.

Der Europarat veröffentlichte 2012 eine Liste mit durchschnittlichen Schätzwerten, worin für Serbien von ca. 600.000 Roma (ca. 8%), für Mazedonien von ca. 200.000 (ca. 10%), für Albanien von ca. 115.000 (ca. 3,6%), für Bosnien und Herzegowina von ca. 58.000 (ca. 1,54%), für Kosovo von ca. 37.500 (2,07%) und für Montenegro von ca. 20.000 (ca. 3,17%) ausgegangen wird.⁴

Da die tatsächliche Anzahl der Roma nicht in Volkszählungen reflektiert ist und viele ihre ethnische Zugehörigkeit verleugnen, ist man auch bei Daten zu ihrer allgemeinen sozio-ökonomischen Situation auf Umfragen angewiesen, die allerdings um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, demselben methodologischen Ansatz folgen sollten.

Die letzte länderübergreifende Untersuchung, die zudem auch die Situation der Roma mit derjenigen der Mehrheitsbevölkerung, die in direkter Nachbarschaft zu Roma lebte, verglich, wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Jahre 2011 durchgeführt, allerdings ohne Kosovo.⁵ Diese Daten geben einen Einblick in die desolote sozio-ökonomische Lage der Roma. Beispielhaft sind die Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen angegeben.

⁴ Siehe hierzu die Statistik „Estimates on Roma population in European countries“. Internet: <http://www.coe.int/de/web/portal/roma>

⁵ Siehe hierzu die Website von UNDP Europe. Internet: <http://www.eurasia.undp.org/content/rbec/en/home/ourwork/sustainable-development/development-planning-and-inclusive-sustainable-growth/roma-in-central-and-southeast-europe/roma-data/>

Tabelle 1: Ausgewählte Daten zur sozio-ökonomischen Situation der Roma im Westlichen Balkan

Serbien	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
Beschäftigungsrate (15-64)	40%	55%	13%	31%	26%	43%
Beschäftigungsrate (15-24)	25%	24%	6%	11%	16%	17%
Arbeitslosenrate (15-64)	39%	21%	67%	37%	49%	27%
Arbeitslosenrate (15-24)	54%	36%	82%	67%	65%	50%

Mazedonien	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
Beschäftigungsrate (15-64)	35%	49%	10%	26%	23%	37%
Beschäftigungsrate (15-24)	19%	15%	5%	8%	12%	11%
Arbeitslosenrate (15-64)	45%	22%	70%	35%	53%	27%
Arbeitslosenrate (15-24)	63%	58%	85%	64%	71%	61%

Bosnien und Herzegowina	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
Beschäftigungsrate (15-64)	32%	46%	5%	25%	19%	35%
Beschäftigungsrate (15-24)	20%	13%	3%	12%	11%	12%
Arbeitslosenrate (15-64)	44%	27%	79%	34%	54%	30%
Arbeitslosenrate (15-24)	59%	63%	88%	48%	69%	56%

Albanien	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
Beschäftigungsrate (15-64)	59%	60%	25%	31%	42%	46%
Beschäftigungsrate (15-24)	40%	24%	11%	13%	25%	19%
Arbeitslosenrate (15-64)	16%	15%	34%	23%	23%	18%
Arbeitslosenrate (15-24)	25%	38%	57%	41%	37%	39%

Montenegro	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma	Roma	Nicht-Roma
Beschäftigungsrate (15-64)	47%	54%	8%	31%	27%	42%
Beschäftigungsrate (15-24)	34%	24%	4%	21%	19%	22%
Arbeitslosenrate (15-64)	34%	26%	70%	36%	44%	30%
Arbeitslosenrate (15-24)	45%	54%	83%	43%	56%	49%

Für den Kosovo geht selbst die Regierung davon aus, dass die Arbeitslosigkeit unter Roma nahezu 90% beträgt. Zudem ist der Bezug von Sozialhilfe an restriktive Bedingungen geknüpft; so ist eine Voraussetzung, dass ein Kind von vier Jahren oder jünger in der Familie lebt.

Ohne ein Kind in diesem Alter gibt es keine Sozialhilfe. Selbst wer Sozialhilfe erhält, kann davon nicht sein Überleben sichern, da der Höchstbetrag €70.- beträgt, wozu noch €5.- Kindergeld pro Kind kommen können. Eine fünfköpfige Familie kann also auf maximal €85.- staatlicher Transferleistungen kommen.

2. Migration und Asyl von Roma aus dem Westlichen Balkan

In den letzten Jahren suchte eine konstant hohe Anzahl an Personen aus den Staaten des Westlichen Balkans um Asyl in Deutschland nach. Ein beträchtlicher Teil der Antragsteller wird hierbei den Roma zugerechnet; im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass ca. ein Drittel aller Antragsteller aus dem Westlichen Balkan Roma sind.⁶

Für einzelne Länder in bestimmten Jahren wird sogar von einem höheren Anteil ausgegangen; das Bundesinnenministerium gab für das Jahr 2014, sogar an, dass 92% der Antragsteller aus Serbien Roma seien.⁷

In den Jahren 2014 und 2015 waren Länder des Westlichen Balkan unter den Hauptherkunftsländern von Asylantragstellern in Deutschland:⁸

Tabelle 2: Asylanträge aus den Ländern des Westlichen Balkans

	Asylanträge	Erstanträge	Folgeanträge
Albanien	62.875		
Davon 2014	8.113	7.865	248
Davon 2015	54.762	53.805	957
Serbien	54.093		
Davon 2014	27.148	17.172	9.976
Davon 2015	26.945	16.700	10.245
Kosovo	46.018		
Davon 2014	8.923	6.908	2.015
Davon 2015	37.095	33.427	3.668
Mazedonien	23.037		
Davon 2014	8.906	5.614	3.292
Davon 2015	14.131	9.083	5.048
Bosnien und Herzegowina			
Davon 2014	8.474	5.705	2.769
Davon 2015			

Auch in den Jahren zuvor stellte eine große Anzahl von Personen aus dem Westlichen Balkan Asylanträge in Deutschland.

⁶ Siehe u.a. FAZ vom 17.10.2015 „Balkan Migranten werden abgeschreckt“. Internet:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/balkan-migranten-werden-durch-das-asylgesetz-abgeschreckt-13860732.html>

⁷ Siehe die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren vom 14.01.2015 „202.834 Asylanträge im Jahr 2014“. Internet:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/01/asylzahlen_2014.html;

⁸ Für 2014 siehe die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren vom 14.01.2015 „202.834 Asylanträge im Jahr 2014“. Internet:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/01/asylzahlen_2014.html; für 2015 siehe die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren vom 06.01.2016 „2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor“. Internet:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html?nn=3315850>

So haben in 2012 und 2013, 30.813 Personen aus Serbien Erst- oder Folgeanträge gestellt (19.936 Erstanträge). Aus Mazedonien 16.307 (10.754 Erstanträge), aus Bosnien und Herzegowina 7.218 (5.348 Erstanträge) und aus dem Kosovo 6.958 (5.300 Erstanträge).⁹

Wenn die Angaben der deutschen offiziellen Stellen korrekt sind, würde dies bedeuten, wenn man sich die Gesamtzahlen ansieht, dass alleine in den Jahren 2012 – 2015, zumindest 80.000 – 90.000 Roma aus den oben erwähnten Staaten neu um Asyl in Deutschland angesucht bzw. einen Folgeantrag gestellt haben.¹⁰

Neben den Roma, die seit 2012 neu um Asyl in Deutschland angesucht haben, gibt es noch weitere tausende Roma aus den Staaten des Westlichen Balkans, die bereits länger in Deutschland im Asylverfahren sind, u.a. auch Personen die dem Krieg im Kosovo bzw. der Verfolgung in der Nachkriegszeit entflohen sind.

Für die verantwortlichen deutschen Stellen ist die Migration oder Flucht der Roma alleine den schlechten Lebensbedingungen und der Armut geschuldet und sie verweigern daher Roma aus dem Westlichen Balkan generell Asyl oder die Gewährung von anderweitigem Schutz. Die in den Ländern des Westlichen Balkans vorherrschende systematische und kumulative Diskriminierung der Roma, die wesentlich zu den schlechten Lebensbedingungen und der Armut beiträgt, und die auch von Organisationen wie dem Europarat bestätigt wird, wird ausgeblendet.¹¹

Stellvertretend sei hierzu auf den Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, „Migrationsprofil Westbalkan: Ursachen, Herausforderungen und Lösungsansätze“ aus dem Jahre 2015 verwiesen. In dem Bericht wird zum einen behauptet, dass die „Mehrzahl der Asylbewerber bis Ende 2014“ aus dem Westlichen Balkan der Roma-Minderheit angehörte. Weiter wird ausgeführt, dass die Hauptgründe für ihre Abwanderung der „oft niedrige Lebensstandard und die gesellschaftliche Marginalisierung“ waren. Auf die allgegenwärtige Diskriminierung, die ihnen ein Leben in Würde verweigert, wird allerdings nicht verwiesen.¹²

Die deutsche Politik scheint in einer Zwickmühle gefangen zu sein: Eine Anerkennung der tatsächlichen Situation der Roma in diesen Staaten, v.a. im Kosovo, würde der pauschalen Einordnung der Roma als Wirtschaftsflüchtlinge widersprechen und dazu führen, dass Roma unter bestimmten Bedingungen ein Bleiberecht in Deutschland erhalten müssten. Anscheinend befürchten deutsche Stellen darüber

⁹ Siehe die Pressemitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 10.01.2014 „Anzahl der Asylbewerber im Jahr 2013: Höchster Stand seit 14 Jahren“. Internet:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/20140110-0001-pressemitteilung-bmi-asylzahlen-dezember.html>

¹⁰ Der think tank „European Stability Initiative (ESI)“ behauptet, dass europaweit 85-90% der serbischen Antragsteller und 50-70% der mazedonischen Antragsteller Roma seien. Siehe European Stability Initiative, Saving visa-free travel. Visa, asylum and the EU roadmap policy, Berlin, Brussels 2013; European Stability Initiative, New facts and figures on Western Balkan Asylum Seekers, Berlin 2015. Mit bezug auf Bosnien und Herzegowina stellt das European Asylum Support Office fest, dass die Mehrheit der Antragsteller Roma seien. Siehe European Asylum Support Office, Asylum Applications from the Western Balkans, Brussels 2013. Internet: <https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/public/BZ0213708ENC.pdf>

Vorausgesetzt, diese Annahmen sind korrekt, hätten alleine in den Jahren 2008 – 2013 über 200.000 Roma die Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien verlassen und sich ins Asylverfahren in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union begeben.

¹¹ Siehe z.B. den Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates: Report by Nils Muiznieks, Commissioner of Human Rights of the Council of Europe following his visit to Germany on 24th April and 4 to 8 May 2015. CommDH (2015) 20

¹² Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Migrationsprofil Westbalkan: Ursachen, Herausforderungen und Lösungsansätze, 2015

hinaus, einen „pull effect“, der bei einer Anerkennung eines Aufenthaltstitel dazu führen würde, dass noch mehr Roma sich auf den Weg nach Deutschland machen würden.

Allerdings wird auf der anderen Seite das Ignorieren ihrer tatsächlichen Situation nicht zu einer Verbesserung der Situation führen und den Migrationswillen oder gar die Migrationsnotwendigkeit aufrechterhalten oder verstärken.

3. Internationaler und nationaler Rahmen für die gleichberechtigte Teilhabe der Roma

Die Europäische Union verabschiedete 2011 den Rahmen für Nationale Strategien zur Integration der Roma, der auch für die Länder im Beitrittsprozess gültig ist.¹³ Der EU Rahmen konnte allerdings auf andere politische Entwicklungen zurückgreifen, v.a. die „Decade of Roma Inclusion“, die 2005 von der Weltbank und der Open Society Foundation ins Leben gerufen worden war und an der die Länder des Westlichen Balkans teilgenommen haben.

Die an der „Decade of Roma Inclusion“ teilnehmenden Staaten verpflichteten sich, Aktionspläne in den Bereichen Bildung, Wohnung, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen mit den Querschnittsangelegenheiten, Gleichberechtigung, Anti-Diskriminierung und Armutsbekämpfung zu entwickeln.

Die Länder des Westlichen Balkans hatten allerdings schon Nationale Strategien zur Integration formuliert, bevor der EU Rahmen für Nationale Strategien zur Integration der Roma verabschiedet worden ist. Diese Strategien wurden im Hinblick auf den Beitrittsprozess zur Europäischen Union entwickelt. Sie deckten meist auch weitere wichtige Felder (Situation der Roma Frauen, Integration von Vertriebenen oder Rückkehrern, Kultur und Medien, etc.) ab als der EU Rahmen.¹⁴ Inzwischen sind aber einige Staaten im Westlichen Balkan dabei neue Strategien zu entwickeln (Serbien verabschiedete im März 2016 eine neue Strategie; Kosovo ist dabei eine neue Strategie zu verabschieden).

All die Strategien und Aktionspläne haben gemein, dass sie, nur in geringem Maße umgesetzt werden und dass die einzelnen Staaten kaum finanzielle Mittel zu ihrer Umsetzung zur Verfügung stellen. Dies ist in den letzten gut zehn Jahren ein immer wiederkehrender Kritikpunkt in den jährlichen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission. Allerdings zog diese Kritik bisher kaum Konsequenzen nach sich.

Zudem sind diese Strategien und Aktionspläne von unterschiedlicher Qualität, die daher z.T. eine Umsetzung schwierig bis unmöglich machen und es gibt bis heute kein effektives Monitoring der Umsetzungsaktivitäten.

Die Politik der Europäischen Union

Die Situation der Roma erlangte eine gewisse Relevanz im Erweiterungsprozess. Die Europäische Kommission erklärte, dass der EU Rahmen für Nationale Strategien zur Integration der Roma für die

¹³ European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, COM (2011) 173 final, Brussels 5. April 2011. Internet: http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com_2011_173_en.pdf

¹⁴ Siehe z.B. die Strategie des Kosovo und die erste Strategie Serbiens.

Staaten im Erweiterungsprozess die gleiche Bedeutung und Gültigkeit habe wie für die EU Mitgliedsstaaten.¹⁵

Dies bezieht sich jetzt nicht nur auf die inhaltlichen Komponenten wie die Umsetzung von Aktivitäten in den vier Kernbereichen (Bildung, Wohnung, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen), sondern auch auf „horizontale Maßnahmen“ (Anti-Diskriminierung, Schutz von Frauen und Kindern, Armutsbekämpfung durch „soziales Investment“, Empowerment, d.h. eine stärkere Einbindung der Roma) und „strukturelle Maßnahmen“ (Einbeziehung der lokalen Ebene und der Gleichstellungsbehörden, Überwachung und Bewertung, Einrichtung von Nationalen Kontaktstellen und transnationale Zusammenarbeit).

Da die Staaten des Westlichen Balkans zum einen über geringe finanzielle Mittel verfügen und zum anderen die Bekämpfung der Ausgrenzung der Roma nicht zu einer Priorität erklären, stellt die Europäische Kommission einen großen Teil der finanziellen Mittel zur Verfügung, um eine bessere Integration bzw. die Umsetzung der Politikdokumente zu erreichen. Diese Mittel wurden schrittweise in den letzten Jahren erhöht und die Europäische Kommission erkannte auch, dass der frühere Zugang über projekt-basierte Arbeit kaum zu einer Verbesserung der Situation führte. Mit IPA II¹⁶ führte die Europäische Kommission einen Zugang ein, der mehr auf einen „sector-wide approach“ oder „programme-based approach“ setzte, v.a. um effizienter und nachhaltiger zu arbeiten.¹⁷

Im Dezember 2014 hat die Kommission das IPA Programm „Roma Integration 2020“ verabschiedet, dass alle Länder des Westlichen Balkans miteinbezieht.¹⁸

Wie oben bereits erwähnt, ist die Situation der Roma ein Thema in den jährlichen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission zu den Beitrittskandidaten im Westlichen Balkan, ohne dass die darin vorgenommene Kritik zu relevanten Änderungen oder Verbesserungen geführt hätte.¹⁹

Ein Beispiel ist das folgende Zitat aus dem 2015 Fortschrittsbericht für den Kosovo, das in dieser oder leicht veränderter Form seit Jahren in allen Fortschrittsberichten für die Länder im Westlichen Balkan steht: *„Members of these communities continue to face difficult living conditions, social exclusion and frequent discrimination, while child labour and early marriages continue to be prevalent. Access to labour market is difficult and informal employment prevails.“*²⁰

¹⁵ Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, COM (2011) 173 final, Brussels 5. April 2011. Internet:

http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com_2011_173_en.pdf

¹⁶ Evaluationsbericht des vorangegangenen IPA Programms: Thematic Evaluation on IPA Support to Roma Communities, June 2015:

<http://www.ergonetwork.org/media/userfiles/media/Roma%20eval%20Roma%20Evaluation%20Final%20Report.pdf>

¹⁷ Mit IPA (Instrument for Pre-Accession; Deutsch: „Instrument für Heranführungshilfe) unterstützt die EU finanziell und technisch Reformen in den potenziellen Beitrittsländern. IPA I (2007 – 2013) hatte ein Volumen von € 11.5 Milliarden, IPA II (2014 – 2020) von € 11.7 Milliarden. Siehe hierzu:

http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/overview/index_en.htm

¹⁸ Siehe hierzu: European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Report on the implementation of the EU Framework for National Roma Integration Strategies 2015, Brussels, 17.6.2015 COM (2015) 299 final. Internet: http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/roma_communication2015_en.pdf

¹⁹ Siehe hierzu die Website der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR). Internet: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/package/index_en.htm

²⁰ „Die Angehörigen dieser Gemeinschaften sind weiterhin schwierigen Lebensbedingungen, sozialer Exklusion und häufiger Diskriminierung ausgesetzt, während Kinderarbeit und Frühehen weiterhin existieren. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist schwierig und informelle Beschäftigungsformen überwiegen.“ (Übers. d. Verf.)

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist schwierig und es herrschen informelle Beschäftigungsverhältnisse vor. Seit einigen Jahren organisiert die Europäische Kommission Seminare auf nationaler Ebene in Ländern des Westlichen Balkan, an denen Vertreter der Europäischen Kommission, der jeweiligen Regierungen und der Zivilgesellschaft teilnehmen, mit der Zielsetzung „operational conclusions“ (dt. operative Schlussfolgerungen) zu verabschieden, die in den darauf folgenden zwei Jahren umgesetzt werden sollen, um so die Situation der Roma zu verbessern.²¹

Fazit

Trotz aller Kritikpunkte bleiben die nationalen Strategien und Aktionspläne der Bezugsrahmen für alle Aktivitäten, die zu einer Verbesserung der Situation der Roma beitragen sollen. Zudem kann eine Anlehnung an den EU Rahmen zu einer verbesserten und nachhaltigen Umsetzung der Aktivitäten führen. Im Sinne einer koordinierten und effizienten Politik wäre es daher zu erwarten, dass sich auch bilaterale Unterstützungen an den Strategien und Aktionsplänen bzw. am EU Rahmen orientieren.

4. Das deutsche Engagement auf dem Westlichen Balkan

Deutschland ist einer der wichtigsten bilateralen Geldgeber für die Staaten im Westlichen Balkan. Zudem trägt Deutschland indirekt durch Mittel der Europäischen Union zur Entwicklung der Staaten im Westlichen Balkan bei.

Verantwortlich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Westlichen Balkans ist in der deutschen Regierung das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zudem verfügt das Außenministerium über (weitaus geringere) finanzielle Mittel im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa.

Das BMZ engagiert sich hierbei sowohl in staatlicher wie auch in nicht-staatlicher Entwicklungszusammenarbeit. Wie aus der vom BMZ zur Verfügung gestellten Tabelle hervorgeht, konzentriert sich die Arbeit des BMZ mit Roma v.a. auf Kinder und Jugendliche und scheint mit Serbien auch einen geographischen Schwerpunkt zu haben.

Hauptverantwortlich für die Umsetzung des deutschen Engagements im Westlichen Balkan ist hierbei die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Im Jahre 2016 laufen in allen sechs Ländern des Westlichen Balkans 61 Projekte der GIZ mit einem Gesamtvolumen von € 198.672.990. Hauptauftraggeber hierfür ist das BMZ.²² In diesem Budgetrahmen ist für die spezifische Arbeit mit Roma nur ein kleiner Anteil vorgesehen (siehe dazu mehr ausführlich Kapitel 5).

Siehe hierzu die Website der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR). Internet: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_kosovo.pdf.

²¹ Siehe hierzu u.a. die Pressemitteilung der Serbischen Regierung vom 14. September 2015. Internet: <http://sociojalnoukljucivanje.gov.rs/en/operational-conclusions-of-the-seminar-on-social-inclusion-and-poverty-reduction-in-the-republic-of-serbia/>

²² Siehe hierzu die Website der GIZ. Internet: www.giz.de

Übersicht der vom BMZ finanzierten Vorhaben zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Roma auf dem Westbalkan (Auszug)

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit			
Land	Name des Vorhabens	Projektstatus	Kurzbeschreibung
Serbien	Roma Education Fund: verbesserte Bildungs- und Integrationschancen für Roma in Serbien	In Planung	Durch Vergabe von Stipendien an Roma Kinder und Jugendliche, sowie Praktika und Berufsorientierung wird die Schulabbruchsrate reduziert und der Bildungsstand, sowie die beruflichen Chancen von jungen Roma verbessert.
Serbien	Beschäftigungsfördernde Kurzzeittrainings für arbeitslose Roma, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen	In Planung	Kurzzeittrainings für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, vorallem Roma, verbessern ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder erleichtern ihnen den Weg in die Selbstständigkeit. Die Qualifizierungsmaßnahmen sind in den Bereichen Schweißen, Textil, Bedienung von Baumaschinen und Sprachen vorgesehen.
Serbien	Abwasserentsorgung Belgrad	In Planung	Verbesserung der Abwasserentsorgung und Reinigung sowie der hygienische Situation u.a. in nicht erschlossenen Roma Siedlungen in Belgrad.
Serbien	Ausbau von Tageszentren für Straßenkinder	In Durchführung	Die Maßnahme unterstützt eine ausgewählte NRO (CYI) in Belgrad bei der schrittweisen Ausweitung der Dienstleistungen des Zentrums von bisher 240 auf 320 Kinder, der Stärkung des präventiven Ansatzes und der Bildung einer Kontaktgruppe mit den Behörden der Stadt Belgrad (Jugendamt, Polizei, etc.) zur nachhaltigen Etablierung der Kinderbetreuung. Die Kooperation der staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Anbieter sozialer Dienstleistungen wird gefördert.
Serbien	Grundlegende Versorgung im Bereich Trinkwasser und Abwasser in informellen Siedlungen in Belgrad	In Durchführung	Roma erhalten Zugang zu kontinuierlicher Trinkwasserversorgung und mobilen hygienischen Einrichtungen. Die Lebensbedingungen der Roma in 4 informellen Siedlungen werden dadurch verbessert.
Bosnien und Herzegowina	Förderung der Erwachsenenbildung	In Durchführung	Insbesondere der Bereich der nachholenden Grundbildung wendet sich an die Bevölkerungsgruppe der Roma, deren Bildungsstand traditionell schlecht ist. Vorhaben führt zu einem Grundschulabschluss.
Kosovo	Verbesserung der Grundbildung	In Durchführung	Unterstützung der Schulträger beim Aufbau sozialer Integrationsmaßnahmen, mit besonderem Fokus auf Minderheiten (Roma, Ägypter, Ashkali) und Rückkehrer. Konzeption und Einführung spezieller Lernangebote um (Wieder-) Einstieg in die Schule zu gewährleisten
Regional	Soziale Grundrechte für benachteiligte Bevölkerungen	In Durchführung	Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in den Ländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien sollen die sozialen Grundrechte von vulnerablen Gruppen umfassend gewährleisten können. Angehörige vulnerabler Gruppen sollen die Erfüllung ihrer

			<p>Rechte selbst einfordern und sich als gleichberechtigte Mitglieder in der Gesellschaft verstehen können (Partizipation und Inklusion). Der noch neue Ansatz der „aufsuchenden Sozialarbeit“ wird verbessert und verbreitet. Er richtet sich an die vulnerable Bevölkerung, mehrheitlich an Roma, Ashkali und Ägypter. Weiteres wichtiges Handlungsfelder ist Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung. Diese betrifft die Minderheiten selbst, die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure und die breite Bevölkerung. Finanzierungsinstrumente für die NRO und andere Akteure sollen dazu führen, ihre Projekte nachhaltiger zu machen (Social Enterprises, verbesserte Antragstellung).</p>
Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit			
Land	Name des Vorhabens	Projektstatus	Kurzbeschreibung
Serbien	Strong Youngsters – Nachhaltige soziale und wirtschaftliche Stärkung von benachteiligten Jugendlichen	In Vorbereitung	Ziel Projektes ist die nachhaltige Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von sozio-ökonomisch benachteiligten Jugendlichen in Belgrad. 300 Jugendliche aus drei sozio-ökonomisch benachteiligten Gruppen sollen von gesteigerten Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration und sozialen Teilhabe profitieren. Erwartete Ergebnisse sind: 1. Aufbau eines Karrierecenters; 2. Verbesserte Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen; 3. Förderung von beruflicher Selbstständigkeit der Jugendlichen und 4. Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe der Jugendlichen; 5. Verbesserte Handlungskompetenzen lokaler Fachkräfte von Partnerinstitutionen, sowie die Pilotierung und Lizenzierung neuer Unterstützungsangebote.
Kosovo	Förderung der respektvollen Integration der Roma im Kosovo	In Durchführung	Roma-Familien werden über die möglichst frühe Einbindung ihrer Kinder in die Vor- und Primarschule insbesondere von Mädchen informiert. Die Diskriminierungen durch Schulbehörden wird reduziert und der Respekt unter den Schülern gefördert.
Kosovo	Unterstützung von Frauen-Selbsthilfegruppen zur Umsetzung ihrer Rechte auf dem Gebiet der Gesundheit, Justiz und Sozialem für Überlebende sexualisierter Gewalt im Kosovo	In Durchführung	Ziel des Vorhabens ist die Verbesserung der Gesundheitssituation, die Stärkung der Selbsthilfekompetenzen sowie Reduzierung der Armut von Frauen in der Region Dukajini (Kosovo), die sexualisierte Gewalt überlebt haben. Außerdem zielt das Projekt darauf ab, die Ausarbeitung von Entschädigungsmechanismen für Überlebende sexualisierter Gewalt zu unterstützen sowie eine Sensibilisierung zum Thema Gewalt gegen Frauen in der kosovarischen Gesellschaft voranzutreiben und damit das Tabu der Vergewaltigung zu reduzieren.

Albanien	Gemeinwesen-orientierte Kinder- und Jugendarbeit in Albanien	In Durchführung	Das Vorhaben verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen und berufsvorbereitenden Bildung, der Gesundheit und der psychosozialen Stabilität, außerdem der Erwerb von Lebenskompetenzen und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Zielgruppe des Vorhabens sind marginalisierte Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien, insb. auch von Roma und Ägyptern.
----------	--	-----------------	---

Diese oben erwähnten Projekte geben aber nur einen Teil des deutschen Engagements auf dem Westlichen Balkan für Roma wider. Viele deutsche NRO entwickelten und implementieren Projekte mit Roma auf dem Westlichen Balkan mit finanzieller Unterstützung anderer nationaler und internationaler Geldgeber (z.B. deutsche und ausländische Stiftungen, Europäische Kommission, Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit anderer Länder).²³

Fazit

Das Engagement offizieller deutscher Stellen wie auch deutscher Nichtregierungsorganisationen für Roma im Westlichen Balkan, v.a. in den Bereichen Schulwesen und Kinder und Jugendliche ist zu begrüßen. Die Verbesserung der Bildungschancen kann den Grundstein für eine bessere Teilhabe und bessere Zukunftsaussichten legen. Allerdings können solche Aktivitäten nur dann nachhaltig sein, wenn sie in einen umfassenden Zugang eingebettet sind, die Wohnsituation und den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern, die gesellschaftliche Ausgrenzung bekämpfen und den Regierungen weitreichende Unterstützung zugesagt wird. Allerdings sollte den Regierungen auch verdeutlicht werden, dass sie ihre Anstrengungen im Kampf gegen Antiziganismus und Ausgrenzung wie auch ihre Aktivitäten zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage verstärken müssen.

²³ Zu einer weiteren, aktuellen Auflistung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Initiativen, die von der Bundesregierung gefördert werden siehe: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annette Groth, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/8349 – Abschiebungen von Roma nach Serbien und Kosovo. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/086/1808603.pdf>

5. Umfrageergebnisse: Unterstützung für Roma im Westlichen Balkan durch deutsche Programme

5.1. Allgemein

Die Umfrage nimmt nicht für sich in Anspruch repräsentativ zu sein und das vollumfassende Engagement deutscher offizieller Stellen und deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) widerzuspiegeln. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma initiierte diese Befragung verschiedener deutscher Organisationen und Einrichtungen, um ein besseres Verständnis der deutschen Aktivitäten mit und für Roma im Westlichen Balkan zu erhalten. Ohne einen Anspruch auf Repräsentativität zu erheben, kann davon ausgegangen werden, dass die angeschriebenen Organisationen und Einrichtungen einen guten Querschnitt der wichtigsten Akteure widerspiegeln.

Der Zentralrat verschickte spezifische Fragebögen an die deutschen Botschaften in den Ländern des Westlichen Balkans, an die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), deutsche NRO, die im Westlichen Balkan tätig sind sowie an Roma Organisationen in den Ländern des Westlichen Balkans.

Insgesamt wurden 68 Organisationen und Einrichtungen angeschrieben. Einige der deutschen Organisationen waren nur in einem Land tätig und implementierten nur ein Projekt, während andere in mehreren Ländern des Westlichen Balkans mit Roma arbeiten bzw. mehrere Projekte umsetzen.

Insgesamt elf deutsche Organisationen beantworteten den Fragebogen, mit Bezug auf 23 Projekte, die mit deutscher Finanzierung umgesetzt wurden oder werden. Die deutschen Organisationen waren z.T. Geldgeber für Projekte wie z.B. die Stiftung EVZ oder die Freudenberg Stiftung oder aber waren verantwortlich für die Umsetzung von Projekten.

Sieben angeschriebene deutsche Organisationen antworteten, dass sie keine spezifischen Aktivitäten mit Roma durchführen (v.a. Parteistiftungen).

Zwanzig Roma oder pro-Roma Organisationen in den Ländern des Westlichen Balkans beantworteten den Fragebogen. Hinzu kam noch mit drei Länderbüros des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) eine deutsche Organisation, die den Fragebogen als pro Roma Organisation beantwortet hat.

Das Außenministerium koordinierte die Antworten der sechs angeschriebenen Botschaften, so dass auch von dieser Seite alle relevanten Informationen erhalten wurden.

Für die Analyse der Antworten wurden die Antworten der deutschen NRO, der Roma bzw. pro-Roma NRO, der GIZ, des BMZ und der Botschaften getrennt ausgewertet.

5.2. Deutsche Botschaften in den Ländern des Westlichen Balkans

Der Fragenkatalog an die deutschen Botschaften im Westlichen Balkan diente dazu, eine Einschätzung der Lage der Roma und Informationen über Aktivitäten deutscher Organisationen vor Ort zu erhalten.

Die Antworten der jeweiligen Botschaften zeigten, dass die Botschaften in den jeweiligen Ländern unterschiedliche Zugänge verfolgen und auch zu unterschiedlicher Einschätzung der Situation von Roma in ihren Ländern kommen.

Während die Botschaften in Pristina und Podgorica im Rahmen von Kleinstprojekten auch Projekte direkt für Roma finanzieren, stellen andere Botschaften keine finanziellen Mittel zur Verfügung. In

diesem Zusammenhang sollte aber auch darauf hingewiesen werden, dass das Auswärtige Amt seit 2013 durch Mittel des Südosteuropastabilitätspakts Projekte unterstützt, die zu einer Verbesserung der Situation der Roma beitragen sollen. Nach Angaben des AA beläuft sich die Unterstützung hierfür seit 2013 auf € 984.050 und einige der Projekte werden z.Zt. auch noch umgesetzt.²⁴

Die Frage danach, ob allgemein von deutscher Seite in ihrem Gastland auch Projekte zur Teilnahme und zur Bekämpfung des Antiziganismus gefördert werden, brachte interessante Antworten. Laut den deutschen Botschaften in Belgrad und Sarajevo gibt es in den beiden Ländern Projekte mit deutscher Unterstützung, die sich dem Phänomen des Antiziganismus widmen, während die Botschaften in Podgorica und Tirana antworteten, dass Antiziganismus in beiden Ländern kaum verbreitet sei.

Diese unterschiedliche Lage der Einschätzung der Roma in den jeweiligen Ländern zeigte sich auch bei anderen Fragen.

Die Existenz einer staatlichen Diskriminierung wird von allen Botschaften verneint, auch sonst wird nicht auf die Existenz von Diskriminierung hingewiesen, was verwundert, da z.B. die Europäische Kommission oder das U.S. Außenministerium dokumentieren, dass Roma in den Ländern des Westlichen Balkans Diskriminierung ausgesetzt sind.

Allerdings konstatieren einige Botschaften eine Ausgrenzung und Benachteiligung der Roma in den Ländern.

Die Botschaft in Pristina allerdings sieht, dass durch die Verfassung Kosovos den „Roma, Ashkali und sog. Ägyptern“ weitreichende Rechte zugesichert sind. Sie sieht die Lebensbedingungen als geprägt von den wirtschaftlichen Problemen aller in vergleichbarer Situation lebender Einwohner. Erschwerend kommen teilweise eine fehlende Registrierung sowie fehlende Dokumente für die Gewährung von Sozialleistungen hinzu. Die Integration von Rückkehrern der RAE ist, auch in ländlichen Gegenden, von der Verfügbarkeit von Wohnraum abhängig.

Die Botschaft ging in ihrer Antwort nicht auf den vielfach dokumentierten Umstand ein, dass die Gesetze und politische Strategien, die eine Integration der Roma bewirken sollen, von der Regierung nicht umgesetzt werden und dass eine weitverbreitete systematische Diskriminierung vorherrscht.

Auch wenn es um die Situation der aus Deutschland entweder freiwillig oder mit Zwang zurückgeschickten Roma geht, sieht die Botschaft in Pristina keine schlechte Lage, sondern beurteilt sie als „durchschnittlich“. Die Botschaften in Sarajevo und Skopje jedoch bezeichnen die Lage der aus Deutschland entweder freiwillig oder mit Zwang zurückgeschickten Roma als „schlecht“.

5.3. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Die GIZ beantwortete nicht nur den Fragebogen, sondern stellte auch noch einen Überblick über das „GIZ Portfolio – Unterstützung Roma Westbalkan“ zur Verfügung (Stand Dezember 2015).²⁵

Das Portfolio umfasst ein regionales Projekt „Soziale Grundrechte für benachteiligte Bevölkerungen“, das in Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Albanien umgesetzt werden soll. Diesem Projekt ging ein Pilotprojekt im Mazedonien „Stärkung der Rechte sozial benachteiligter Gruppen auf dem Westbalkan“ voraus.

Zudem werden z.Zt. vier Projekte in Serbien umgesetzt (Ausbau von Tageszentren für Straßenkinder, grundlegende Versorgung im Bereich Trinkwasser und Abwasser in informellen Siedlungen in Belgrad,

²⁴ Email des Auswärtigen Amtes vom 3. Februar 2016.

²⁵ Information zur Verfügung gestellt von GIZ. Email vom 14. Januar 2016

Fachkraft im Regierungsbüro für Soziale Inklusion und Armutsbekämpfung und Fachkraft des Programms Migration für Entwicklung).

Die beiden Projekte haben nach Angaben der GIZ Roma im Allgemeinen bzw. Roma Kinder als Zielgruppen (monatlich bis zu 320 Straßenkinder bzw. 145 Roma Familien in informellen Siedlungen).

Mit der „Fachkraft Soziale Inklusion“ soll die Abstimmung mit dem Partner und die Koordinierung des deutschen Beitrags zu Maßnahmen sozialer Inklusion und Armutsbekämpfung effizient gestaltet werden, eine Kontaktstelle für deutsche und Partnerinstitutionen vorhanden sein und die Aktivitäten verschiedener Projekte transparenter und wirksamer umgesetzt werden.

Mit der „Fachkraft Migration“ würden mögliche Aktivitäten des PME im Bereich rückkehrende Fachkräfte, Diasporakooperation und Geschäftsideen für Entwicklung und Migrationspolitikberatung in Serbien aufgebaut. „Hiervon würden auch in Deutschland lebende Roma und Sinti profitieren“.²⁶

Zudem wird je ein Projekt im Kosovo (Verbesserung der Grundbildung) und in Bosnien und Herzegowina (Förderung der Erwachsenenbildung) umgesetzt.

Allerdings scheinen die wenigsten dieser Projekte in Zusammenarbeit mit der Roma Zivilgesellschaft umgesetzt zu werden.

Die GIZ legt in ihrem Informationspapier „Einblicke in die Arbeit der GIZ – Inklusion der Roma-Bevölkerung in Südosteuropa“ auch interessante Lösungsansätze für Tätigkeiten mit Roma vor:

GIZ: Lösungsansätze

Ein **ganzheitlicher Ansatz**, der die Kernursachen im Bereich Diskriminierung, politische Teilhabe, Bildung, Arbeit und soziale Sicherung adressiert.

Ein **Multiakteurs-Ansatz**, der staatliche (relevante Ministerien, lokale Akteure) und nicht-staatliche Akteure (vor allem NGOs) einbezieht.

Ein **Mehrebenen-Ansatz**, der die Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und kommunaler Ebene sowie mit der Zivilgesellschaft stärkt.

Die **Stärkung der Kapazitäten** von relevanten Akteuren, um die **Nachhaltigkeit** der Maßnahmen sicherzustellen.

5.4. Profil der deutschen Organisationen im Westlichen Balkan

Drei der deutschen NRO gaben an, dass sie eine spezifische Strategie für ihre Arbeit mit Roma entwickelt haben, drei weitere verwiesen darauf, dass die Arbeit mit Roma expliziter Bestandteil ihrer allgemeinen Strategie sei.²⁷

Das GIZ Büro Pristina (zuständig für Kosovo und Mazedonien) verwies darauf, dass im methodischen Konzept grundsätzlich darauf geachtet wird, vulnerable Zielgruppen zu berücksichtigen und in die Unterstützung einzubeziehen; im Kontext der Arbeit in den Ländern des Westbalkan sind dies häufig Mitglieder der Roma-Bevölkerung.

²⁶ So wörtlich in dem Informationspapier „GIZ Portfolio – Unterstützung Roma Westbalkan“, das von der GIZ zur Verfügung gestellt wurde.

²⁷ Obwohl keine Nichtregierungsorganisation, werden die Angaben der GIZ Büros in Belgrad und in Pristina in diesem Kapitel auch berücksichtigt.

Die Frage, wie groß die Belegschaft in den jeweiligen Länderbüros ist und wie viele der Mitarbeiter Roma sind, war nicht für alle Organisationen zu beantworten, da einige nur mit Partnerorganisationen arbeiten und keine eigenen Länderbüros unterhalten. Zu insgesamt zehn Länderbüros wurden jedoch Antworten vorgelegt und in sieben dieser Büros war kein Rom bzw. keine Romni beschäftigt; auf der anderen Seite gab es zwei Büros, in denen Roma die Mehrheit der Mitarbeiter stellten (8 von 15, 4 von 7).

Die GIZ beschäftigt in ihrem Büro in Serbien 124 nationale Mitarbeiter, allerdings keine Roma; im Büro in Pristina 30 nationale Mitarbeiter, darunter ein Rom.

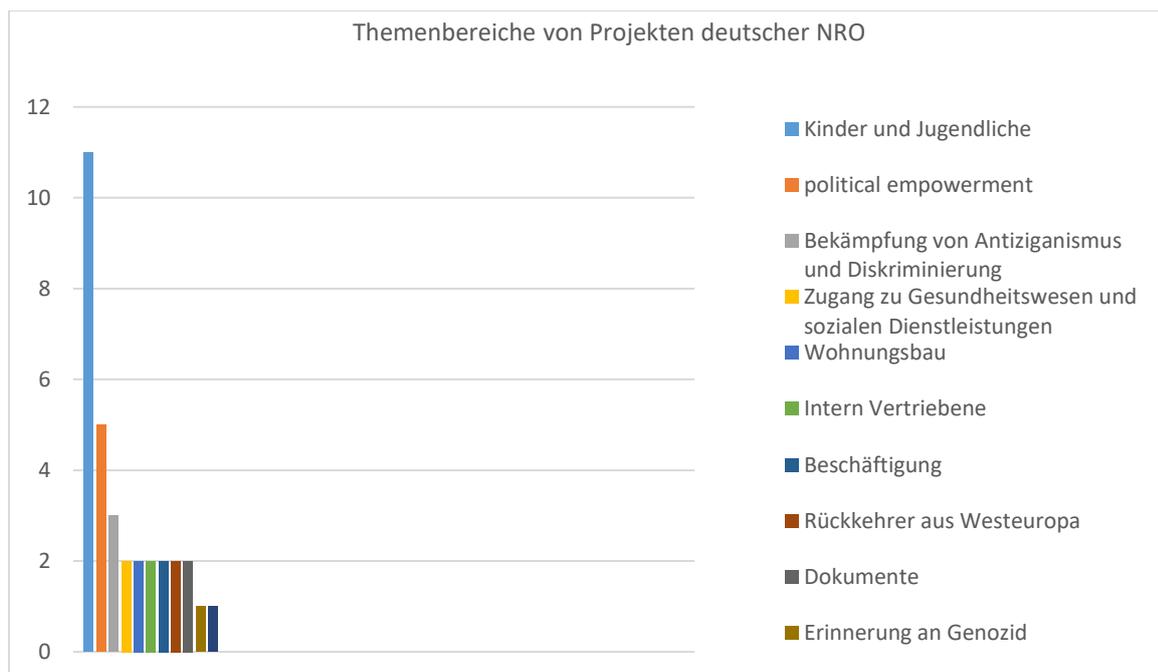
Die Aktivitäten der deutschen Organisationen wurden von einer Reihe von Geldgebern finanziert. Drei Organisationen gaben an vom BMZ unterstützt zu werden und zwei weitere erhalten bzw. erhielten Unterstützung vom deutschen Außenministerium. Weitere Organisationen setzen Projekte mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union um.

Die deutschen Organisationen sind im Allgemeinen in den Bereichen Capacity-building/ Empowerment (9), Schule/Ausbildung (8) und Partizipation aktiv (7). Der Bekämpfung des Antiziganismus widmeten sich nur drei Organisationen.

Wenn es um die konkreten Projekte geht, die diese Organisationen mit deutscher finanzieller Unterstützung umgesetzt haben bzw. z.Zt. umsetzen, zeigt sich ein klarer Fokus auf Projekte im Bereich Schule und Bildung bzw. in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (elf Projekte).

Weitere Projekte widmen sich dem politischen Empowerment (5), der Bekämpfung des Antiziganismus und Diskriminierung (3), dem Zugang zu Gesundheit und sozialen Dienstleistungen, dem Wohnungsbau, Beschäftigung, dem Zugang zu Dokumenten, der Unterstützung von Binnenflüchtlingen und Intern Vertriebenen (IDP), der Unterstützung von Rückkehrern aus Westeuropa (je 2), der Aufklärung über den Völkermord an Sinti und Roma (1) und der Bekämpfung von Menschenhandel.²⁸

Graphik 1: Themenbereiche von Projekten deutscher NRO



²⁸ Einige Projekte beschäftigten sich mit mehreren Themenbereichen bzw. hatten mehrere Zielgruppen.

Fazit

Nur drei der Organisationen haben eine explizite Strategie zu ihrer Arbeit mit Roma entwickelt und nur wenige der Organisationen beschäftigen Angehörige der Roma. Es wäre eine Überlegung wert, eine Strategie im Rahmen des BMZ oder der GIZ für die Arbeit mit Roma im Westlichen Balkan zu entwickeln, die sich an den jeweiligen nationalen Strategien und am EU Rahmen Programm orientieren könnte und in deren Rahmen dann deutsche NRO oder Roma NRO aus der Region konkrete Projekte umsetzen könnten.

5.5. Aktivitäten deutscher Organisationen

5.5.1. Berücksichtigung internationaler und nationaler Rahmenprogramme und Strategien

Wie in Kapitel 3 bereits ausgeführt, haben alle Staaten des Westlichen Balkans eine nationale Strategie zur Integration der Roma wie auch Aktionspläne zur Umsetzung der Strategien verabschiedet. Trotz Schwächen mancher dieser Strategien und Aktionspläne sollten sie den Rahmen für die Arbeit mit Roma in den jeweiligen Ländern bilden.

Allerdings sollten noch Dokumente der Europäischen Union (v.a. der EU Rahmen für die Nationalen Roma Integrationsstrategien) wie die „operational conclusions“ der gemeinsamen nationalen Seminare von Europäischer Kommission, Regierung und Zivilgesellschaft berücksichtigt werden, wenn es um Programme und Projekte zur Integration der Roma geht. Auch der Europarat (v.a. mit Bezug auf die Arbeit auf lokaler Ebene) und die OSZE (v.a. der Aktionsplan für Roma und Sinti in der OSZE Region²⁹) haben wichtige Dokumente veröffentlicht, die als Leitfäden dienen können.

5.5.2. Projektarbeit und Kooperation mit anderen Akteuren

Angaben der deutschen Nichtregierungsorganisationen

Einige der grundlegenden Anforderungen, z.B. des EU Rahmen beziehen sich auf eine stärkere Einbeziehung der Roma von der Planung bis zur Durchführung der Aktivitäten oder auf einen besseren Planungsprozess und eine Fokussierung und bessere Koordination der Aktivitäten.

Der Fragebogen enthielt auch einige Fragen zu diesem Themenkomplex, so ob es Treffen und Austausch mit der Regierung, der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und der Roma Zivilgesellschaft gäbe. Je sechs Organisationen tauschen sich regelmäßig sowohl mit der Zivilgesellschaft im Allgemeinen als auch mit der jeweiligen Regierung aus und fünf tun dies regelmäßig mit der Roma Zivilgesellschaft. Je zwei Organisationen gaben an, sich nie mit einem der Akteure auszutauschen.

Bei der Planung und Umsetzung der konkreten Projekte, die mit finanzieller deutscher Unterstützung durchgeführt worden sind, zeigte sich, dass die überwiegende Mehrheit der Projekte gemeinsam mit der Roma Zivilgesellschaft (zehnmal gemeinsam geplant und zwölfmal gemeinsam durchgeführt) bzw. mit der Zivilgesellschaft im Allgemeinen (neunmal gemeinsam geplant und elfmal gemeinsam durchgeführt) entwickelt worden ist und auch gemeinsam durchgeführt wird.

²⁹ <http://www.osce.org/de/odihr/17556> und 2013 Statusbericht: <http://www.osce.org/odihr/107406>

Acht Projekte wurden in Kooperation mit der jeweiligen Regierung entwickelt (davon vier GIZ Projekte); bei fünf Projekten war die Regierung in den Entwicklungsprozess überhaupt nicht involviert. Sieben Projekte (davon vier GIZ Projekte) wurden gemeinsam mit der Regierung umgesetzt.

Interessanterweise waren Regierungsvertreter jedoch in den „steering committees“ der Projekte stärker vertreten, so denn welche existierten. In fünf „steering committees“ waren Regierungen vertreten, in dreien Vertreter der Zivilgesellschaft im Allgemeinen, jedoch in keinem ein Vertreter der Roma Zivilgesellschaft.

Ca. 75% der Projekte arbeitete sowohl mit Roma als auch mit nicht-Roma, allerdings waren letztere in mehreren Projekte nur indirekte Nutznießer, da sich durch die Arbeit mit Roma indirekt auch die Lage der Nicht-Roma verbesserte.

Angaben der Roma Nicht-Regierungs-Organisationen

Korrespondierende Fragen wurden auch den Roma NROs gestellt. Nur neun NRO gaben an, Projekte mit finanzieller Unterstützung deutscher Organisationen oder Einrichtungen durchzuführen. Fünf der Projekte definierten (auch) Rückkehrer als Zielgruppe.

Sechs Projekte hatten sich Capacity-building/Empowerment als Ziel gesetzt; eines davon mit der Zielgruppe jugendlicher Roma. Fünf Projekte widmeten sich und Schule und Ausbildung; vier Projekte widmeten sich Partizipation, drei dem Wiederaufbau und der Infrastruktur; zwei Projekte widmeten sich der Bekämpfung des Antiziganismus, zwei Projekte waren im Bereich humanitärer Hilfe angesiedelt und ein Projekt im Bereich verbesserter Zugang zu Sozialdienstleistungen und eines im Bereich Income Generation.³⁰

Graphik 2: Themenbereiche der Projekte, die von Roma Organisationen mit deutscher Unterstützung durchgeführt werden



Sechs der Projekte hatten Roma im Allgemeinen als Zielgruppe definiert, fünf widmeten sich insbesondere Rückkehrern und je eines hatten Frauen und Kinder als Zielgruppe definiert.³¹

Acht der neun NRO mit Förderung waren in die Planung und Entwicklung der Projekte involviert und über die Hälfte waren entweder gleichberechtigter oder exklusive Partner bei der Umsetzung des

³⁰ Hierbei waren Mehrfachantworten möglich.

³¹ Hierbei waren Mehrfachantworten möglich.

jeweiligen Projekts. Die beteiligten Roma NRO bewerteten die Projekte auch durchgehend als relevant oder sehr relevant und schätzten auch die Zusammenarbeit mit den deutschen Partnern durchgehend als gut oder sehr gut ein.

Die finanzielle Unterstützung der NRO durch deutsche Organisationen oder Institutionen ist durchgehend projektgebunden; d.h. auch, dass keine der angefragten NRO von deutschen Stellen unabhängige Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, um ein Arbeiten außerhalb der Projektgrenzen zu ermöglichen.

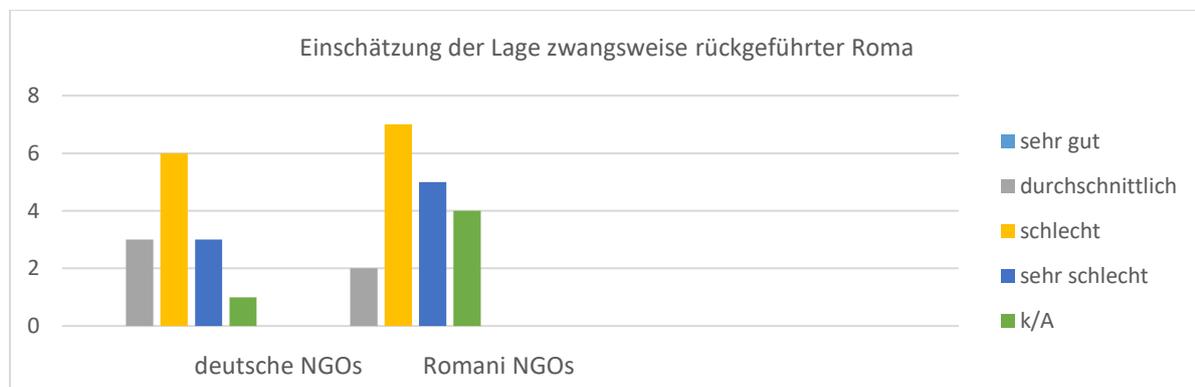
Nur drei der angefragten NRO gaben an, dass Mitarbeiter an einem Training teilgenommen haben, das von einer deutschen Organisation durchgeführt oder finanziert worden ist. Ein Mitarbeiter einer NRO war auf Studienreise in Deutschland und zehn NRO verneinten, an einem Training teilgenommen zu haben.

5.6. Konsequenzen der deutschen Politik

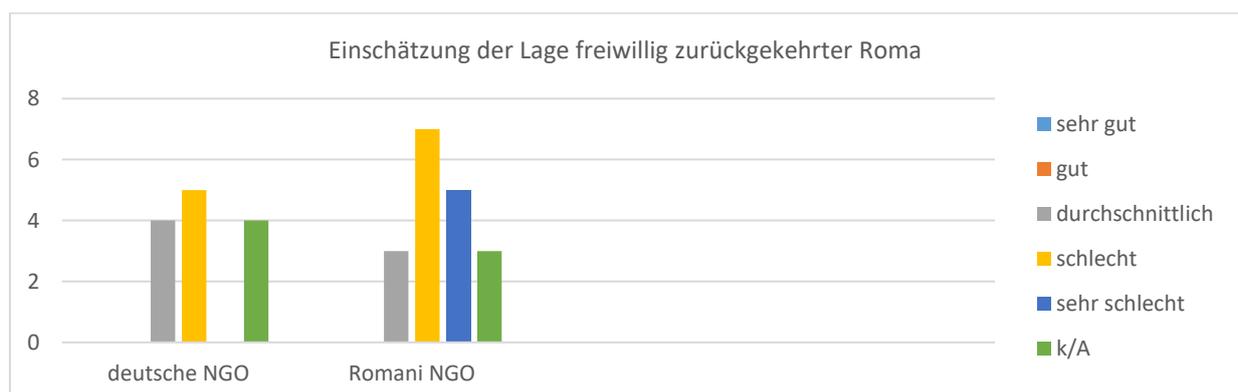
Bezugnehmend auf die Diskussion in Deutschland über Roma aus den Ländern des Westlichen Balkans, die in Deutschland um Asyl nachsuchen, wurde nach der Einschätzung der Lage der freiwilligen Rückkehrer und der zwangsweise Abgeschobenen gefragt. Der überwiegende Teil der deutschen Organisationen schätzte die Lage der Zwangsabgeschobenen als schlecht oder sehr schlecht ein.

Zehn Organisationen gaben insgesamt dreizehn Antworten, da sie z.T. in mehreren Ländern arbeiten. Diese Fragen wurden auch den Roma Organisationen gestellt, die ebenfalls die Situation als schlecht einschätzten.

Graphik 3: Einschätzung der Lage zwangsweise rückgeführter Roma



Graphik 4: Einschätzung der Lage freiwillig zurückgekehrter Roma



Alle Roma Organisationen bejahten daher den großen Bedarf nach speziellen Programmen für Rückkehrer aus Westeuropa, Programme, die, wie einige NRO anmerkten, in Partnerschaft mit den Roma NRO entwickelt und umgesetzt werden sollten. Die Komplexität der Probleme vor denen Rückkehrer stehen, erfordert einen koordinierten und partnerschaftlichen Zugang, bei dem Roma NRO einen wichtigen Beitrag leisten können.

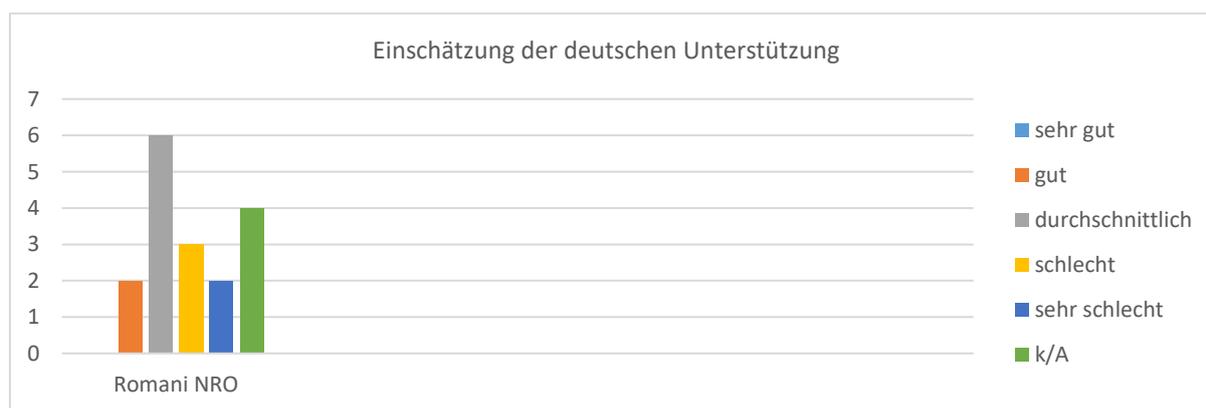
Mit Bezug auf Albanien schlug eine Roma NRO vor, jetzt gemeinsam mit der Regierung die Wiederaufnahme von zurückgeschobenen Roma vorzubereiten, da die Regierung nicht vorbereitet sei.

Auch bei der Frage in welchen Bereichen Roma NRO im Allgemeinen ein stärkeres Engagement Deutschlands befürworten würden, nahm die Unterstützung für Rückkehrer eine prominente Rolle ein. Aber die Antworten machten auch deutlich, dass sie ein stärkeres Engagement in allen Bereichen - Erziehung und Ausbildung, Beschäftigung, Wohnungsbau und Infrastrukturentwicklung, Gesundheit und Soziales –und darüber hinaus eine stärkere Unterstützung der Zivilgesellschaft bzw. lokaler Organisationen als auch die Förderung nachhaltiger und effizienter Politiken befürworten würden.

Die Frage nach den Lücken und Schwächen, aber auch den Stärken deutscher Unterstützung zeigte auch weitgehende Übereinstimmung, dass Deutschland weitaus aktiver sein könnte und mehr direkt mit und für Roma arbeiten sollte. Eine NRO bemerkte, dass obwohl Engagement vorhanden ist, ein besseres Verständnis der eigentlichen Lage erforderlich sei. Und auch bei dieser Frage wurde auf die notwendige Unterstützung für Rückkehrer verwiesen.

Die allgemeine Einschätzung der Unterstützung durch offizielle deutsche Stellen zeigte ein gemischtes Bild und dürfte wohl stark von den direkten Erfahrungen der befragten NRO mit deutschen Stellen und inwieweit die Organisationen einen generellen Überblick über das deutsche Engagement im jeweiligen Land haben, abhängig sein.

Graphik 5: Einschätzung der deutschen Unterstützung



6. Fazit

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt grundsätzlich das Engagement der deutschen Regierung und deutscher Nichtregierungsorganisationen für Roma in den Ländern des Westlichen Balkan. Gerade im Bildungsbereich wurden und werden wichtige Akzente gesetzt.

Allerdings sieht der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma andere Entwicklungen der deutschen Politik mit Bezug auf Roma aus und in den Ländern des Westlichen Balkans eher kritisch.

Der Zentralrat widerspricht einer pauschalen Kategorisierung der Länder des Westlichen Balkans als „sichere Herkunftsstaaten“ auch für Roma, da Roma in diesen Ländern einer kumulativen und systematischen Diskriminierung ausgesetzt sind.³²

Zuletzt wurden mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Herbst 2015 auch der Kosovo zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt. Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sieht allerdings explizit vor, dass sich „der Bund (...) aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen (wird).“

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz bietet daher auch Möglichkeiten, positiv auf eine Verbesserung der Lage der Roma in den Staaten des Westlichen Balkans einzuwirken, sei es in der direkten Unterstützung vor Ort im Westlichen Balkan, sei es im Rahmen der legalen Arbeitsmigration, sei es im Bereich der Integration schon länger in Deutschland lebender Roma aus dem Westlichen Balkan.

Gerade im Hinblick auf die hohe Zahl von Roma, die in den letzten Jahren um Asyl in Deutschland nachgesucht haben, sollte die deutsche Regierung ihr Engagement für Roma in den Staaten des Westlichen Balkans verstärken mit Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung von Rückkehrern, um weitere Migrationen zu vermeiden.

Als einen ersten Schritt sollte im Rahmen einer evidenzbasierten Politik die eigentliche Situation der Roma analysiert und anerkannt werden, denn nur so kann eine Verbesserung ihrer Lage erreicht werden, die Fluchtursachen identifiziert und der Migrationsdruck gelindert werden.

Auf dieser Grundlage sollte Deutschland ein längerfristiges Konzept entwickeln und umsetzen, das eine Bekämpfung des Antiziganismus und der Ausgrenzung der Roma und ähnlicher Gruppen wie der Ashkali und Balkan-Ägypter als Ziel vorgibt.

Dieses Konzept sollte einem integrierten und umfassenden Zugang folgen, der alle wichtigen Lebensbereiche umfassen soll, in denen Roma einer Diskriminierung ausgesetzt sind oder gegenüber anderen Gruppen benachteiligt sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre, dem u.a. von der EU vorgeschlagenen „explicit, but not exclusive“ Zugang zu folgen; d.h. dass Projekte oder Programme auf Roma zugeschnitten sein sollen und dass sie die Hauptzielgruppe darstellen, dass allerdings auch nicht-Roma von den Aktivitäten profitieren sollen.³³

Zudem wäre es wichtig, diese Aktivitäten mit den nationalen Strategien und den Aktivitäten der EU und anderer wichtiger Akteure zu koordinieren.

³² Pressemitteilung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma am 3. November 2015:

<http://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/presse/374.pdf>

³³ Im Gegensatz zum „mainstreaming“ Ansatz, bei dem die Nicht-Roma die Hauptzielgruppe sind, Roma allerdings in Aktivitäten miteinbezogen werden.

Dieses Konzept könnte auch vorsehen, dass positive Erfahrungen daraufhin analysiert werden, inwieweit sie in anderen Zusammenhängen umgesetzt werden können und inwieweit Gemeinden, die eine ernsthafte Integration der Roma betreiben, nicht zusätzliche Unterstützung erfahren könnten, um dadurch motivierend für andere Gemeinden wirken zu können.

Im Allgemeinen wäre es zu überlegen, ob Deutschland Schwerpunktländer definiert, in denen die Arbeit mit Roma eine besondere Stellung einnehmen könnte.

Zuvorderst sollte ein solches Konzept eine enge Einbeziehung der Zivilgesellschaft der Roma und ihrer offiziellen Vertreter vorsehen. Ein erster Schritt hierbei könnten gemeinsame Veranstaltungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft der Roma und ihrer offiziellen Vertreter in Ländern des Westlichen Balkans sein, um gemeinsam mögliche Interventionen zu entwickeln.

Die Roma in den Staaten des Westlichen Balkans und Antworten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Situation

Autor: Stephan Müller

Bestandsaufnahme im Auftrag des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Im Herbst 2015 hat die deutsche Bundesregierung alle Staaten des Westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma widerspricht dieser pauschalen Kategorisierung dieser Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ auch für Roma, da Roma in diesen Ländern einer kumulativen und systematischen Diskriminierung ausgesetzt sind und Antiziganismus eine alltägliche Erfahrung darstellt.

Die deutsche Regierung sollte daher ihr Engagement für Roma in den Staaten des Westlichen Balkans verstärken und aufbauend auf einer evidenzbasierten Politik zu einer Verbesserung der Situation der Roma beitragen.

Heidelberg, Dezember 2016

www.sintiundroma.de

**ZENTRAL
RAT** [**Deutscher
Sinti & Roma**

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
Bremeneckgasse 2
69117 Heidelberg
06221 – 98 11 01
zentralrat@sintiundroma.de

Gefördert von



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien